

SIND DIE DEUTSCHEN AUSLÄNDERFEINDLICH?

Zu diesem Buch

Ob Gastronomie oder Modebranche, Opernhäuser oder Computerfirmen – viele Bereiche unserer Kultur und Wirtschaft könnten heute ohne Ausländer nicht überleben. Die alltägliche Begegnung mit ihnen ist ein wichtiger Teil unseres Lebens geworden. Dennoch sitzt die Angst oder zumindest die Beunruhigung allem Fremden gegenüber bei vielen erschreckend tief und äußert sich immer wieder in gewaltsamen Übergriffen, Verbalattacken oder diskriminierenden Äußerungen.

Das European Institute for International Affairs hat 49 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens die Frage gestellt: »Wie ausländerfeindlich sind die Deutschen?« In kurzen Essays äußern sie sich zu den Ursachen fremdenfeindlicher Äußerungen und rassistischer Gewalt, zu den Herausforderungen, die Zuwanderung und Integration für die Gesellschaft bedeuten, und zu den Gestaltungsmöglichkeiten für die Politik. Damit bietet dieses Buch eine hervorragende Diskussionsgrundlage zu den aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen der Ausländerpolitik.

Ulrich Arnswald ist Gründungsdirektor des European Institute for International Affairs in Heidelberg.

Heiner Geißler war von 1977–1989 Generalsekretär der CDU; seit 1994 im Vorstand der CDU.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger war Mitglied im FDP-Bundesvorstand. Von 1992–1996 Bundesjustizministerin.

Wolfgang Thierse war bis 1998 stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD und ist Präsident des Deutschen Bundestages.

49 Stellungnahmen
zu einem aktuellen Thema

Herausgegeben von

Ulrich Arnswald, Heiner Geißler,
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
und Wolfgang Thierse

Pendo
Zürich München

Inhalt

Einleitung	9
Ausländerfeindlichkeit als gesellschaftlicher Brennpunkt	
Ignatz Bubis: <i>Warum Juden als Fremde wahrgenommen werden</i>	21
Hans Merckens: <i>Ausländerfeindlichkeit bei Deutschen</i>	24
Gregor Gysi: <i>Rassismus ist das eigentliche Problem – Diskriminierung scheint gesellschaftlich legitimiert</i>	29
Angelika Köster-Loßack: <i>Vom »Schönwetter-Liberalismus« zum Gewaltexzeß</i>	35
Oskar Niedermayer: <i>Rechtsextremismus als Orientierungsmuster</i>	40
Alphons Silbermann: <i>Von Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit</i>	47
Pluralismus und Menschenrechte	
Edzard Reuter: <i>Schöpferische Kreativität statt kalter Logik</i>	59
Fritz Pleitgen: <i>Auch Demokratie schützt nicht vor dem Abrutschen</i>	64
Karl Ludwig Kohlwege: <i>Toleranz und sozialer Friede als Herausforderungen für den christlichen Glauben</i>	70
Jürgen Micksch: <i>Der Makel des Rassismus haftet an uns</i>	75
Beate Weber: <i>Geben wir der Vielfalt eine Chance!</i>	81
Gert Weisskirchen: <i>Minderheiten und Menschenrechte</i>	87
Wolfgang Thierse: <i>Die Würde des Menschen – nicht des Deutschen</i>	94
	5

2. Auflage 2000

Copyright © Pendo Verlag AG

Zürich 2000

Umschlagentwurf: Federico Luci, Köln

Gesetzt aus der Aldus

Satz: Uhl + Massopust, Aalen

Druck und Bindung: Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

ISBN 3-85842-389-0

Gesellschaftsfragen und Sozialisation	
Oskar Negt: <i>Inmitten einer kulturellen Erosionskrise</i>	103
Matthias Berninger: <i>Modernisierungsverlierer im Globalisierungsstrudel</i>	107
Michael Bouteiller: <i>Brennende Kirchen – Kapital oder Menschen?</i>	114
Gunter A. Pilz: <i>»Deutschland den Deutschen« – Rassismus im Fußballstadion</i>	120
Friedrich Schorlemmer: <i>Fremdenfeindlichkeit ist Kleinstaaterei des Geistes</i>	127
Bürokratie und Willkür	
Günter Wallraff: <i>Die Intoleranz des anderen zu dulden ist nichts anderes als Feigheit</i>	137
Freimut Duve: <i>Regeln für Einwanderung sind auch Regeln für Abschiebung</i>	145
Werner Weidenfeld: <i>Einwanderung endet nicht an den Grenzen</i>	149
Helmuth Lippelt: <i>Der Mensch »als Fall«</i>	155
Grenzen der Zuwanderung	
Michael Glos: <i>Ausländerpolitik mit Augenmaß</i>	165
Klaus Landowsky: <i>Alles ist eine Frage der Dosis</i>	171
Michaela Geiger: <i>Den guten Willen nicht überstrapazieren</i>	179
Eduard Lintner: <i>Das Verschweigen von Problemen wirkt provozierend</i>	183
Erwin K. Scheuch: <i>»Ausländerfeindlichkeit« – Sachproblem oder agitatorische Keule?</i>	189
Integrationsbemühungen	
Dieter Schulte: <i>Ausländer als Sündenböcke für die eigenen Probleme</i>	199
Norbert Blüm: <i>Integration ist keine Einbahnstraße</i>	207
Klaus Zwickel: <i>Solidarisches Miteinander als gesamtgesellschaftlicher Auftrag</i>	213
Cem Özdemir: <i>Fremdenfeindlichkeit auf Schritt und Tritt</i>	218
Burkhard Hirsch: <i>Wer sind wir, wer sind die anderen?</i>	224
Politische Gestaltungsmöglichkeiten	
Herta Däubler-Gmelin: <i>»Jedem Kind eine Weltkarte geben«</i>	235
Heiner Geißler: <i>Wir tragen Verantwortung für unsere Sprache und unser Handeln</i>	241
Reinhard Höppner: <i>Toleranz kann nicht von oben verordnet werden</i>	246
Hakki Keskin: <i>Wir brauchen ein Anti-Diskriminierungsgesetz</i>	251
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: <i>Zur Rechtsstellung von Ausländern im Grundgesetz</i>	258
Josef Voß: <i>Die Wirklichkeit ist spannungsvoll</i>	264
Guido Westerwelle: <i>Ängste nehmen – Integration gestalten</i>	270
Cornelie Sonntag-Wolgast: <i>Für eine faire Ausländergesetzgebung</i>	276
Auf dem Weg in eine neue Gesellschaft	
Andreas Nachama: <i>»Wie der Eingeborene unter euch sei euch der Fremdling«</i>	285
Cornelia Schmalz-Jacobsen: <i>Auf dem Weg in die selbstbewußte offene Gesellschaft?</i>	291
Renate Schmidt: <i>Soziale Gerechtigkeit als gesellschaftlicher Integrationsfaktor</i>	297
Faruk Sen: <i>Von der Ellenbogengesellschaft zur Aufnahmegesellschaft</i>	304
Johannes Rau: <i>Wir fangen nicht bei Null an! – Für eine neue Grundlage des Zusammenlebens</i>	310

Außenansichten und Aussichten

Michael Pfeiffer: <i>Deutscher Wohlstand beruht auf internationalen Verflechtungen</i>	321
Josef Siegers: <i>Die deutsche Wirtschaft ist weltoffen</i>	327
Alan Sked: » <i>Leider sind wir normal ...</i> «	333
Michael Butler: <i>Ein Ausländer kommt nach Solingen</i>	339
Nachwort und Danksagung	347
Biographischer Anhang	350

Einleitung

Ulrich Arnswald

Die Kultur der Intoleranz – eine Folge der Willkür in der Stimmungsdemokratie

Sind die Deutschen ausländerfeindlich? – Eine provokative Frage? Sicher. Eine unzulässige Frage? Mit Sicherheit nicht. Dennoch werden viele, die gleichzeitig für sich in Anspruch nehmen, eine besondere Sensibilität für die großen politischen Fragen unserer Zeit zu besitzen, diese Frage als provokativ empfinden. Aber das ist ja gerade das Thema hier: Die Frage der besonderen Sensibilität.

In der amerikanischen Gesprächskultur ist es üblich, Probleme offen und direkt anzusprechen, um nicht nur zu verhindern, sondern es vielmehr unmöglich zu machen, vor Problemen wegzulaufen. Die Grundwerte und -prinzipien der politischen, ja aller gesellschaftspolitischen Akteure festzuhalten, ist geradezu das Recht der aufgeklärten amerikanischen Öffentlichkeit. Da die Berichte über ausländerfeindliche Ausschreitungen wahr sind, ist es aus amerikanischer Perspektive sinnlos, ein Weichbild von Deutschland zu zeichnen und so die berechtigten Sorgen zu verschweigen. Genau dies ist auch die Idee hinter der bewußt provokativ gestellten Frage *Sind die Deutschen ausländerfeindlich?* – Deutschland ist aber leider von einer solchen Diskurskultur noch weit entfernt, obwohl gerade hier Politiker und Geschäftsleute dem amerikanischen Pragmatismus mit seiner großen Fähigkeit, Probleme zu lösen, das Wort reden.

Die Entstehung dieses Buches geht auf ein Gespräch zurück, das ich 1995 mit dem ehemaligen amerikanischen Außenmini-

ster und Nobelpreisträger Henry Kissinger an der London School of Economics geführt habe. Kissinger äußerte sich dort skeptisch über die Zukunft der Europäischen Union und prophezeite Deutschland einen erneuten Sonderweg: Ein erstarkter Nationalismus und die neue Ostorientierung würden dazu führen, daß Deutschland einen Teil seiner demokratischen Erbschaften der Nachkriegszeit wieder über Bord wirft, um als Staat autoritärer in Europa aufzutreten und somit eine Vormachtstellung auf dem Kontinent erlangen zu können. Dies ist zum Glück bis heute nicht eingetreten. – War aber diese provokative These wirklich Kissingers Meinung? Vermutlich nicht. Was ihn wohl eher gereizt haben dürfte, war zu testen, ob seinen Ausführungen widersprochen wird.

Angesichts meiner abweichenden Meinung verwies Kissinger auf die gewalttätigen Pogrome gegen Ausländer nach der deutschen Vereinigung. Rostock-Lichtenhagen, Hünxe, Hoyerswerda, Mölln, Solingen, Lübeck, Magdeburg oder Guben heißen die traurigen Höhepunkte der Gewaltexzesse der neunziger Jahre in Deutschland. Von den sogenannten »befreiten Zonen« in den neuen Bundesländern bis hin zum völkischen Weltbild dieses neuen deutschen rechtsextremistischen Gedankenguts war Kissinger bestens unterrichtet. Sein Horrorszenario eines nationalistischen, autoritären, nach Hegemonie strebenden Deutschlands war eine überspitzt extrapolierte These, wohin sich das Land bewegen könnte, wenn dem rechtsextremistischen und ausländerfeindlichen Ungeist nicht Einhalt geboten würde. Bemerkenswert war auch, daß Kissinger mit keinem Wort die schockierenden Ereignisse der neunziger Jahre mit dem »Tausendjährigen Reich« Hitlers in Verbindung brachte. Kein Versuch, die Pogrome gegen Ausländer in Deutschland am Ende des Jahrhunderts mit denen gegen die Juden, Sinti und Roma und andere Bevölkerungsgruppen in der ersten Hälfte des gleichen Jahrhunderts zu vergleichen. Daß Gewalt gegen Ausländer und Ausländerfeindlichkeit atavistisch sei, bedurfte für ihn – wie selbstverständlich – keines historischen Belegs. Daß

nicht alle Deutschen »Täter« seien, war ebenso selbstredend. Und doch machte Kissinger sehr deutlich, daß es ein Problem aller Deutschen sei, wenn die Täter Deutsche sind.

Mein geäußertes Vertrauen in die demokratischen Kräfte Deutschlands und in die Stabilität des Gemeinwesens ließ er unkommentiert; aber die mangelnde Zivilcourage, die von Teilen der Bevölkerung demonstrierte Sympathie mit den Tätern, die Biedermänner und somit auch Brandstifter an den Stammtischen und in der Politik arbeitete er als ein besonderes deutsches Problem heraus. Am Ende des Gesprächs sagte Kissinger, er hoffe, daß er mit seinen Einschätzungen unrecht behalten möge, aber dazu sei es wohl vonnöten, daß die mediale Öffentlichkeit von den deutschen Politikern klare Aussagen und Prinzipien abfordere und ihnen somit die Möglichkeit nehme, auf populistische und gefährliche Weise die Stimmungen und Ängste in der Bevölkerung zu nutzen. Nur die junge Generation in Deutschland könnte dies tun, denn Deutschland besäße letztendlich erst eine wahrhaft demokratische Generation – und dies im übrigen nur in Westdeutschland.

Nicht alle, die im Rahmen dieses Buches zur Stellungnahme eingeladen worden waren, sind dem auch nachgekommen. Aus der Staatskanzlei des südlichsten Bundeslandes hieß es sogar ganz direkt, der Ministerpräsident wolle sich in der Frage der Ausländerfeindlichkeit nicht über den Tag hinaus festlegen lassen. Es war derselbe Ministerpräsident, der zuvor von einer »multikriminellen« und von einer »durchrassten« Gesellschaft in den Medien sprach. Ebenso sei in Erinnerung gerufen, daß eine Oppositionspartei eine Unterschriftenaktion gegen ein Gesetz angekündigt hatte, bevor der Inhalt dieses Gesetzesentwurfs bekannt war. Sorgen und Ängste der Bevölkerung wurden also von Teilen der Politik geradezu willkürlich mobilisiert. Ein beschämendes Bild für die deutsche Demokratie und den deutschen Parlamentarismus; es zeigt Abgründe an Machtzynismus und Opportunismus, aber kein Verantwortungsbewußtsein!

Hier verläuft offensichtlich auch die Bruchlinie zum anglosächsischen öffentlichen Diskurs: Deutsche Politiker, Schriftsteller, Künstler und – nicht zu vergessen – Wirtschaftsmanager und Verbandsfunktionäre tendieren scheinbar viel eher dazu, ihre Fähnchen in den Wind zu hängen. Sicherlich ist dies oftmals der Versuch, den Rechtsextremen das Wasser abzugraben, indem man ihre Parolen kopiert. Allerdings verletzt man damit eine elementare demokratische Spielregel, – daß man nämlich nicht auf Kosten von Minderheiten Stimmung machen darf. Dieser deutsche Opportunismus mag auch eine Konsequenz eines korporatistischen Gemeinwesens sein, er ist es jedenfalls, der die Verwunderung erklärt, mit welcher das Ausland auf die Deutschen, ihre Stimmungen und Hysterien und ihren äußerst brutal auftretenden Extremismus blickt.

Diese Haltung war in den letzten Jahren nach der deutschen Vereinigung für viele Menschen fatal, mit nicht wiedergutzumachenden und nicht für möglich gehaltenen inhumanen Folgen. Eine Gesellschaft darf den Ausländerfeinden nicht das Gefühl geben, im Einklang mit einer mehrheitsfähigen Grundstimmung zu handeln. Dies war in der Bundesrepublik zumindestens solange der Fall, bis die Einschränkung des Asylrechtes erfolgte. Aber genau diese unterschwellige sympathisierende Unterstützung der Ausländerfeinde zur Durchsetzung politischer Ziele zeigt das Ausmaß des gesellschaftspolitischen Infernos. Eines Infernos, das wir noch lange nicht vollständig verstanden haben und erst dann verstehen, wenn wir begreifen, daß jede Diskriminierung von Angehörigen ethnischer Minderheiten auch uns selbst und unsere Demokratie trifft, und daß die Verantwortung für die Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit eine Aufgabe ist, die von uns allen zu übernehmen ist. Demokratien sichern ihre Legitimität, indem sie auf die öffentliche Meinung reagieren. Problematisch ist nicht, daß Stimmungen in der Politik reflektiert werden, sondern wenn Stimmungen die rationale politische Auseinandersetzung unterminieren

oder gar verhindern. Eine Demokratie, in der Stimmungen den rationalen Diskurs ersetzen, muß aber wohl als Stimmungsdemokratie bezeichnet werden. Vermutlich waren in der jungen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nie Stimmungen politisch so ausschlaggebend wie bei der politischen Reaktion auf die Ausländerfeindlichkeit der neunziger Jahre. Die Entscheidung zur Einschränkung des Asylrechtes macht dies deutlich. Sie ist unter dem Druck der Straße entstanden, der gewalttätige Mob dürfte dies als Sieg aufgefaßt haben. Es geht hier nicht um die inhaltliche Entscheidung als solche, sondern vielmehr darum, wie sie zustande kam. Nie zuvor dürfte eine politische Stimmung so sehr Einfluß auf eine Entscheidung der bundesrepublikanischen parlamentarischen Demokratie genommen haben; ein Erfolg, der sowohl den RAF-Terroristen in den siebziger Jahren als auch den militanten Umweltaktivisten der achtziger Jahre nicht vergönnt war. Dies stellt weiterführende Fragen: Politik befindet sich immer in einer Wechselbeziehung zwischen rationalem Diskurs und Sachzwängen. Wenn Politik sich gänzlich den Sachzwängen beugt, verliert sie ihre Gestaltungskraft und ihre gesellschaftspolitische Führungsfunktion. Das käme der schrittweisen Aufgabe von politischer Herrschaft und letztendlich der Demokratie gleich. Fremdenfeindliche Ansätze können daher auch als ein Zeichen dafür bewertet werden, daß die Stabilität unseres Gemeinwesens dauerhaft gefährdet ist.

Für die erfolgreiche Integration von Ausländern ist das Nachgeben der Politik gegenüber der Straße ein akutes Problem. Wie soll man Sinn- und Wertzusammenhänge von Integrationspolitik vertreten können, wenn man jederzeit bereit sein könnte, wieder den Stimmungen der Straße nachzugeben? Die Etablierung einer dauerhaften rechtlichen Differenz, die einen Teil der Bevölkerung gleichsam zu Bürgern zweiter Klasse macht und ausgrenzt, ist inakzeptabel. Die Bereitschaft der Deutschen zu Toleranz gegenüber Ausländern hängt davon ab, inwieweit po-

litische Zielsetzungen nachvollziehbar sind. Aus der Unklarheit des politischen Kurses ergibt sich die Möglichkeit, politische Stimmungslandschaften zu erfinden. Diese aber führen zu Willkür. – Politik darf nicht nach Stimmungslagen entscheiden! Wenn die Politik dies tut, hat sie nachhaltig die Möglichkeit verspielt, festzusetzen, was wichtig und was unwichtig für die Gesellschaft ist. Sie nimmt sich somit auch die Chance, politische Willensbildung aktiv zu gestalten. Gefühle, Stimmungen, ja sogar Hysterien ersetzen dann das rationale Argument und die Politik. Ängste und Stimmungen werden zu gängigen Erklärungsmodellen. Die Stimmungsdemokratie höhlt somit auch die politischen Institutionen nach und nach aus, wenn sie diesen nachgibt. Stimmungen werden freigesetzt, die die Politik gar nicht realisieren kann, es sei denn unter Hinnahme der Zerstörung ihrer eigenen institutionellen Grundlage. Die Politik muß sich also in Wirklichkeit mit Kraft gegen solche Stimmungen behaupten und die Legitimität der Verfassung verteidigen. Es ist nicht von ungefähr, daß in der Demokratie die Politik über das Entscheidungsmonopol verfügt.

Um Mißverständnisse zu vermeiden: Ängste müssen ernst genommen werden. Das ist selbstverständlich. Aber die Politik darf ihre politische Führungsrolle nicht der Hysterie opfern. Die Hysterie der Wähler mag Stimmen kosten, denn Stimmungen können sich widerspiegeln in der Macht der Stimmen bei der Wahl. Dennoch dürfen Ängste und Hysterien nicht die demokratische Willensbildung in Frage stellen. Wenn dies der Fall ist, findet politische Führung nicht statt. Es scheint, daß die deutsche Politik nach der deutschen Vereinigung dazu nicht uneingeschränkt in der Lage war. Ängste und Stimmungen, die bei gekonnter politischer Führung nie in diesem Ausmaß hätten entstehen dürfen, nahm die Politik als Macht der Stimmen ernst. Als die demokratische Willensbildung. Angst und Stimmungen werden nämlich immer nur dann aktiviert, wenn Probleme nicht lösbar erscheinen.

Politische Rigorosität und Radikalität setzen die Integrationsfähigkeit von pluralistischen Gesellschaften außer Kraft. Lebenslügen ebenso. Die wiederholte Aussage: »Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland« hat weithin den Blick für die Tatsache verstellt, daß Millionen Ausländer in unser Land eingewandert sind und hier ihre Heimat haben. Eine solche falsche oder gar bewußt falsche Wahrnehmung der Realität ist nicht im Interesse des Landes, denn sie beinhaltet viel sozialen Sprengstoff. Dagegen setzt eine erfolgreiche Integration das aktive Zusammenwirken beider voraus, die Bereitschaft sich anzupassen und die Bereitschaft, den anderen zu akzeptieren, auch wenn und weil er seine eigene kulturelle Identität nicht aufgeben will. Der Philosoph Hans-Georg Gadamer hat bereits vor Jahren darauf verwiesen, daß die Aufgabe dringender denn je geworden sei, »... im Anderen und in der Andersheit das Gemeinsame erkennen zu lernen. In unserer eng zusammenrückenden Welt begegnen sich zutiefst verschiedene Kulturen, Religionen, Sitten, Wertschätzungen. Es wäre eine Illusion zu meinen, daß nur ein rationales System der Nützlichkeiten, sozusagen eine Art Religion der Weltwirtschaft, das menschliche Zusammenleben auf diesem immer enger werdenden Planeten regulieren könnte.«¹ Aber genau dem widerspricht der weitverbreitete Wohlstandschauvinismus, der einer Ideologie der Ungleichheit von Menschen anhängt. Für nicht wenige Anhänger dieser Ideologie heißt dies, daß Gewalt zur Regelung sozialer Konflikte nicht nur akzeptiert, sondern sogar propagiert wird. Die Selbstaufwertung als Deutsche geht einher mit der Abwertung anderer Nationalitäten. Zuwanderung aus dem Ausland gilt als nationale Bedrohung der Deutschen, der mit rassistischer Gewalt als einer Art gerechter Volkszorn begegnet werden kann. Die Anhänger des Wohlstandschauvinismus kommen scheinbar aus allen Bevölkerungsteilen, nur so kann man wohl verstehen, wenn man mittlerweile in den Schriften der *Heidelberg Akademie der Wissenschaften* den Satz findet: »Demjenigen, der anders ist als ich und Meinesgleichen, kann ich mit Achselzucken und Ig-

noranz begegnen, ich kann aber auch Aggression mobilisieren, um die empfundene Irritation zu mindern oder zu beseitigen.«²

Ausländerfeindlichkeit ist ein Protestphänomen: Sie richtet sich gegen einen realen und einen imaginären Gegner. Der reale Gegner ist das Opfer von Gewalt, verbaler oder physischer Natur. Der imaginäre Gegner ist dagegen die parlamentarische Demokratie. Ziel ist es, die Politik aus ihren bisherigen institutionellen Strukturen herauszureißen, damit sie sich den konkreten Stimmungen und dem Gemeinschaftsgefühl des gewalttätigen Mobs der Straße hingibt. Dabei lebt die Bewegung motivationspsychologisch von der Schubkraft der von ihr organisierten Pogrome und der ständig eskalierenden Gewalt. Wo nur ein Weltbild erlaubt ist, gibt es auch keine Freiheit. Solch rigorose Intoleranz führt zu nicht hinterfragbarer Gesinnungspolitik. Sie will Konflikte nicht regeln, sondern kompromislos ihre Gesinnung durchsetzen. Sie bricht mit Heilsgewißheiten und Vollkommenheitswahn in die Politik ein und bedient sich der Gewalt gegen die abweichende Meinung. – Gewalt statt Politik. Wer die Gesinnung nicht teilt, für den wird der Entfaltungsspielraum nicht größer, sondern stetig kleiner; eine Vorstellung, die mit der parlamentarischen Demokratie nicht in Einklang zu bringen ist, denn diese bemüht sich ja gerade darum, den Entfaltungsspielraum des Andersdenkenden zu sichern. Für die rechtsextremen Schläger ist die Gewalt gegen Ausländer der Grundkonsens ihrer Bewegung. Kein Entgegenkommen der Politik wird diese Gewalttäter zur Umkehr bewegen!

In Deutschland ist es immer noch nicht selbstverständlich, gegen die ganz banalen ausländerfeindlichen Meinungen vorzugehen. Es kommt immer noch vor, daß in einer Runde abfällige Bemerkungen über Ausländer gemacht werden – und keiner widerspricht. Es fehlen immer noch Vorbilder, denn selbst die Reden von Politikern demokratischer Parteien geben immer wieder Anlaß zu dem Vorwurf, sie berücksichtigen aus-

länderfeindliche Vorurteile oder ermutigen sie sogar. Dem gegenüber steht beispielhaft das couragierte Eintreten des verstorbenen französischen Staatspräsidenten François Mitterrand. Als ein junger maghrebischer Einwanderer in Paris von Rechtsextremisten ermordet wurde, kam Mitterrand in seiner Funktion als Staatspräsident an den Tatort und warf als Zeichen der Trauer der Republik einen Kranz und Rosen in die Seine. Ebenso sei erwähnt, daß Mitterrand nach der Zerstörung eines jüdischen Friedhofs in Südfrankreich einen Protestmarsch gegen Antisemitismus von ungefähr einer Million Bürger durch Paris anführte. In Deutschland haben lange Zeit nur einfache Bürger versucht, Zeichen zu setzen. Es sei an die vielen Lichterketten erinnert. Die politische Exekutive reagierte aber entweder zu spät oder gar nicht!

Daß sich vor allem ein Wandel in Stil, Ton und Argumentationsweise beim Umgang mit der Migrationspolitik im Bewußtsein der Menschen in Deutschland einstellen muß, ist zunehmend unstrittiger. Der Rassismus und die rassistische Gewalt der zurückliegenden Dekade in Deutschland sind Grund zur Scham. Viele, zu viele haben sich schuldig gemacht. – Nicht nur die Gewalttäter, sondern auch ihre heimlichen Sympathisanten. Das »Fixieren« von Grundwerten und -prinzipien im öffentlichen Diskurs scheint dringend notwendig. Wenn Bundespräsident Johannes Rau in seiner *Berliner Rede* im Haus der Kulturen der Welt fordert, »wir brauchen über diese Fragen eine breite öffentliche Diskussion, weit über die Parteien hinaus«, und dem hinzufügt, »es gibt eine aggressive Intoleranz gegenüber Ausländern. Sie wird gefördert, wenn eine Mehrheit schweigt. Wer schweigt, macht sich mitschuldig«³, dann sollte dies der Gesellschaft endlich einen »Ruck geben«, die öffentliche Diskussion anzugehen. Das vorliegende Buch ist ein Anfang. 49 Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und Wissenschaft nehmen in kurzen pointierten Essays Stellung. Falls es nicht bald gelingt, in der Ausländerpolitik und -integration ein

vom Großteil der Gesellschaft getragenes Gesamtkonzept zu entwickeln, das Perspektiven eröffnet, wird es Deutschland sonst so ergehen wie von Peter Handke in *Wunschloses Unglück* beschrieben: »Die Vorteile waren in der Regel nur mangelde Nachteile: *kein* Lärm, *keine* Verantwortung, *keine* Arbeit für Fremde, *kein* tägliches Getrenntsein vom Haus und von den Kindern. Die tatsächlichen Nachteile wurden also durch die *fehlenden* aufgehoben.«

¹ Hans-Georg Gadamer, »Bürger zweier Welten«, in: Hans-Georg Gadamer, *Das Erbe Europas*, Frankfurt, 1989, S. 125.

² Philosophisch-Historische Klasse der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, *Drei Studien zur politischen Philosophie*, Heidelberg, 1999, S. 58.

³ Johannes Rau, *Ohne Angst und ohne Träumereien: Gemeinsam in Deutschland leben*, »Berliner Rede« im Haus der Kulturen der Welt vom 12. Mai 2000, abgedruckt in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13. Mai 2000, S. 8.

Ausländerfeindlichkeit als gesellschaftlicher Brennpunkt